V3 Arbeitsprogramm 2019

Gremium:	Landesvorstand der GJN
Beschlussdatum:	26.09.2018
Tagesordnungspunkt:	6. Arbeitsprogramm

Zusammenfassung

In diesem Arbeitsprogramm möchten wir gemeinsam mit euch festlegen, was wir uns im kommenden Jahr vornehmen.

Es ist aufgeteilt nach „Politische Lage“, „Bildungsarbeit“, „Inhaltliche Schwerpunkte“, „GJN Strukturen“ und „GJN nach außen“.

In der politischen Lage machen wir auf den Rechtsruck aufmerksam, der sich auch auf Niedersachsen auswirkt.

Im Abschnitt Bildungsarbeit zeigen wir, dass wir gerne projektorientierter arbeiten möchten. Außerdem möchten wir unser umfangreiches Bildungsangebot evaluieren und prüfen, was wir besser machen können. Basismitglieder werden ermutigt, sich in die Bildungsarbeit (z.B. Seminarorganisation) einzubringen.

Als inhaltliche Schwerpunkte für das kommende Jahr haben wir Umweltpolitik, Antifaschismus und Innenpolitik erläutert.

Unter GJN-Strukturen machen wir unter anderem auf die angespannte finanzielle Lage aufmerksam.

Unter GJN nach außen betonen wir unsere Bündnisarbeit + dass wir gerne Methodenschulungen für Öffentlichkeitsarbeit anbieten möchten.

Politische Lage

Rechtsruck. Seit Jahren reden wir darüber, nun scheint sich dieser politisch zu vollziehen. Weniger indem die Gesellschaft und Menschen nach Rechts rücken, sondern eher, dass sich das politische System durch den autoritären Geist wandelt, der durch Deutschland, Europa und die Welt zieht.

Im nächsten Jahr steht mit der Europawahl eine der wohl wichtigsten Wahlen seit langem an. Neonazis und Neue Rechte wollen nicht mehr Europa verlassen, sie wollen es übernehmen. Dieser politische Rechtsruck darf sich nicht weiter vollziehen. Die Europawahl wird daher für uns die wichtigste politische Aufgabe im nächsten Jahr darstellen. Wir wollen für unsere Vision eines grenzenlosen, solidarischen und weltoffenen Europas streiten. Für uns wird daher der Europawahlkampf kein reiner Abwehrkampf gegen Rechts, sondern bietet uns eine zentrale Möglichkeit offensiv für eine bessere Welt einzustehen.

Den Kampf gegen den autoritären Wandel tragen wir aber auch hier in Niedersachsen weiter aus. Mit dem geplanten niedersächsischen Polizeigesetz (NPOG) droht uns eine enorme Grundrechtsbeschneidung. Es ist für uns ein großer Erfolg, dass das Gesetz bereits in Teilen entschärft und immer weiter verschoben wird. Das reicht uns aber nicht! Wir werden den Protest weiter auf die Straße bringen und Menschen über die drohenden Einschränkungen informieren. Dafür wollen wir mit Vorträgen, Diskussionen und Veranstaltungen in die Fläche und zu den Ortsgruppe kommen. Ebenfalls werden wir die Arbeit im #noNPOG-Bündnis weiter voran treiben - bis das Gesetz zurückgenommen wird!

Bildungsarbeit

Wir wollen als Grüne Jugend Niedersachsen Bildungsarbeit nicht nur für unsere Mitglieder machen, sondern auch mit ihnen. Wir wollen, dass unsere Mitglieder an Bildungsangeboten, speziell unseren Seminaren teilhaben können. Die Bildungsangebote der Grünen Jugend Niedersachsen sollen uns und unsere Interessen vertreten, wozu es breite Beteiligung und vielseitige Einflussmöglichkeiten der Basis bei dessen Ausgestaltung braucht.

Dies ist und soll auch weiterhin dadurch möglich sein, dass man sich in einem Seminar-Prepteam einbringt, also einer Gruppe Menschen, die das Konzept und die Organisation des Seminars übernimmt. Hier kann sowohl an der organisatorischen, als auch an der thematischen Ausgestaltung der Seminare und anderen Bildungsangeboten mitgearbeitet werden.

Im vergangenen halben Jahr hatten wir zudem die Bestrebung, mehr Bildungsprojekte in Landesarbeitskreise (LAKs) auszulagern. Jedoch mussten wir feststellen, dass Arbeitskreise häufig wenig Kontinuität bieten und eher projektbezogen arbeiten. Wir möchten weiterhin, dass LAKs fester Bestandteil unserer Bildungsstrukturen sind, jedoch soll der Schwerpunkt weniger auf Kontinuität, sondern viel mehr auf einzelnen Projekten liegen. Dies wird unseren fluktuativen Mitgliedsstrukturen deutlich mehr gerecht und ist zudem barriereärmer.

Uns ist wichtig, unser Bildungsangebot möglichst inklusiv zu gestalten. Nach Möglichkeit sollen Tagungs- und Veranstaltungsorte barrierefrei sein, bei Bedarf Kinderbetreuung geboten werden und möglichst einsteiger*innenfreundlich sein. Auch sollen weiterhin Seminare den verschiedenen Bedürfnissen unser Basis entsprechen. Deshalb müssen sie über einen unterschiedlichen Zeitraum stattfinden, sodass nicht nur dreitägige Seminare oder eintägige Seminare stattfinden, sondern sich unterschiedliche Zeiträume abwechseln. Unser aktuelles Seminarpensum (2x LMV, 2x LMV-VB-Seminar, 2x Genderseminar, 1x Gedenkseminar + ggf. weitere Seminare, wie in diesem Jahr das Strukturseminar, Inklusionsseminar und Seminar zu sexualisierter Gewalt) stellen uns vor allem in Hinsicht auf personelle Ressourcen vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Bildungsarbeit evaluieren und darauf achten, dass Seminare nicht nur von einzelnen Personen organisiert werden. Wir begrüßen und unterstützen es ausdrücklich, wenn verschiedenste Personen aus dem Landesverband Angebote initiieren und mitorganisieren.

In der Bildungsarbeit ist es uns wichtig, immer auch mit einer feministischen Perspektive auf die Dinge zu blicken. Es soll aufgezeigt werden, dass Genderungerechtigkeiten alle Lebensbereiche betreffen und im Hinblick auf FIT*-Förderung sehen wir unsere Bildungsangebote immer auch als Möglichkeiten, Frauen, Inter und Trans*Personen zu empowern.

Inhaltiche Schwerpunkte

Umweltgerechtigkeit

Innerhalb der neuen Landesregierung beobachten wir, dass die Landesregierung unter CDU und SPD statt auf konsequenten Klimaschutz zu setzen, eine Symbolpolitik ohne ernsthafte Fortschritte fährt. Es ist deutlich wie nie, dass es ohne Grüne zu keiner Umweltgerechtgkeit kommt. Deshalb ist es für uns umso wichtiger, sich aktiv in progressive Bündnisse einzubringen. Wir wollen daher im

nächsten Jahr den Protest gegen das geplante Kohlekraftwerk in Stade "Stade gegen Kohle" stärker unterstützen.

Ein weiteres Beispiel verantwortungsloser Politik sehen wir im Hambacher Wald, wo die Polizei derzeitig die Politk des RWE Konzerns zu Gunsten zukünftiger Generationen durchdrückt. Dagegen wollen wir uns auch weiterhin wehren und wollen in den Hambacher Wald mobilisieren und mithilfe unserer Öffentlichkeitsarbeit im Netz und auf der Straße darauf aufmerksam machen. Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ unterstützen wir hierfür aktiv mit der Veranstaltung von Mobilisierungs-Veranstaltungen in den Ortsgruppen und die Organisation und Vermittlung von An- und Abreisemöglichkeiten. Hierbei streben wir eine engere Zusammenarbeit mit umliegenden Landesverbänden an.

Antifaschismus

Chemnitz und Köthen sind Schlagwörter für den Rechtsruck in Deutschland und Nazis, die gröhlend durch die Stadt ziehen und Menschen jagen. Doch auch in Niedersachsen bleibt antifaschistische Arbeit von immenser Bedeutung, wie unser Protest gegen den sogenannten „Tag der Deutschen Zukunft“ in Goslar dieses Jahr gezeigt hat. Ob Angriffe auf autonome Jugendzentren, rechte Demos wie zuletzt den sogenannten Tag der Patrioten in Hannover oder antisemitisiche und antimuslimische AfD-Kampagnen unter dem Deckmantel des Tierschutzes. Wir müssen uns organisieren im Kampf gegen Nazis!

Weiterhin braucht es dafür eine gute Öffentlichkeitsarbeit, die früh Gegenkundgebungen organisiert und ankündigt. Die AfD und ihre Jugendorganisation ‚Junge Alternative‘ sind dabei besondere Keimzellen rechten Gedankenguts. Um gegen sie zu wirken, unterstützt die Grüne Jugend Niedersachsen Widerstand gegen die Parteitage, Demos und Aktionen der AfD. Dabei werden wir uns weder von einer möglichen Auflösung der JA-Niedersachsen, noch von einer möglichen Überwachung durch den Verfassungschutz blenden lassen. Wir kämpfen dafür, Nazistrukturen zu enttarnen und zu zerschlagen!

Innenpolitik

Das von der Landesregierung eingebrachte und freiheitsfeindliche Polizeigesetz NPOG soll trotz wachsendem Protest und dem #NoNPOG Bündnis aus über 120 bestehenden Organisation weiterhin durchgeboxt werden. Für uns ist klar, dass auch keine kleinteiligen Veränderungen des Gesetzes eine Zustimmung für uns möglich machen. Wir brauchen keinen Überwachungsstaat, sondern einen, der unsere Grund- und Freiheitsrechte wahrt. Deshalb werden wir auch weiterhin gegen das Gesetz mobilisieren, auf die Straße gehen und den Protest mitgestalten. Für uns gibt es keine andere Option als das Gesetz zurückzunehmen. Diese Positionen werden wir inhaltlich auch gegenüber der Partei vertreten und fordern.

GJN Strukturen

Finanzen

Durch die Wahlniederlage der Grünen Partei in Niedersachsen im letzten Jahr und die dadurch verringerten Einnahmen aus Mandatsträger*innen-Abgaben muss die Partei einige Einsparungen vornehmen, von denen auch wir als GJN betroffen sind. Diese Defizite konnten wir zwar mithilfe von einigen projektbezogenen Spendensammelaktionen (z.B. für den GJN-Chemnitz-Bus) einigermaßen ausgleichen, jedoch stellt uns das Thema immer wieder vor große Herausforderungen. Die

Entscheidung, den Nachwuchs weniger zu fördern, beurteilen wir hinsichtlich der anstehenden Wahlkämpfe und der aktuellen politischen Entwicklung als fatal. Wir werden uns deshalb auch im kommenden Jahr dafür einsetzen, eine angemessene, deutlich höhere finanzielle Unterstützung durch den Grünen Landesverband zu erhalten.

Wie im letzten Arbeitsprogramm vorgenommen, haben wir eine Evaluation des Pat*innenprogramms der Grünen Jugend angestoßen. Leider dauert dieser Prozess immer noch an. Sollte sich keine Mehrheit für eine zeitnahe solidarische Reform dieses Programms finden, werden wir die Konzeptionierung eines eigenen Pat*innenprogramms ins Auge fassen.

Trotz aller finanziellen Probleme ist es uns wichtig, Ortsgruppen in ihrer Arbeit unterstützen zu können. Der bereits vorhandene Soli-Topf soll stärker beworben werden, damit nicht nur ‚große' Ortsgruppen die Möglichkeit der finanziellen Förderung in Anspruch nehmen. Auch soll der*die Schatzmeister*in als Ansprechperson für Ortsgruppen dienen, um gemeinsam weitere (Ko-)Finanzierungsmöglichkeiten zu erläutern.

Verbandsentwicklung

In den letzten Monaten wurde ein Strukturprozess gestartet. Wir wollen uns weiter selbst hinterfragen und schauen, wie wir unsere Strukturen verbessern können. Dabei ist es uns besonders wichtig, die Basis in den Prozess einzubinden. Wir wollen alle Mitglieder stärker an den Entscheidungen des Verbandes teilhaben lassen. Dazu gab es in den letzten Monaten das erste Strukturseminar, bei dem die Basis die Möglichkeit bekommen hat, mit Landesvorstandsmitgliedern offen über bestehende Probleme zu sprechen. Mit den gesammelten Ideen und Änderungsvorschlägen arbeiten wir parallel zum bundesweiten Perspektivenprozess an unseren Strukturen weiter. Dazu gibt es bereits erste Schritte in Richtung Neuerungen, wie die Überlegungen für eine übersichtlichere Antragsstruktur und die Verwendung einfacher Sprache. Unser Ziel ist es, dem Anspruch, ein offener, feministischer, inklusiver Verband zu sein, gerecht zu werden.

Ortsgruppenvernetzung

Wir sind uns bewusst, dass das Thema Ortsgruppenvernetzung in der Vergangenheit deutlich zu kurz gekommen ist. Im kommenden Jahr möchten wir vor allem kleinere Ortsgruppen in den Fokus nehmen und gemeinsam mit ihnen Ideen entwickeln zur besseren Vernetzung mit anderen Ortsgruppen und dem Landesvorstand. Wir ermutigen alle Ortsgruppen dazu, die Initiative zu ergreifen und den Kontakt zu anderen Ortsgruppen zu suchen. Bei der Planung von möglichen Vernetzungstreffen oder ähnlichem steht der Landesvorstand unterstützend zur Verfügung.

<u>GJ nach Außen</u>

Bündnisarbeit

Das von der GJN initiierte NoNPOG-Bündnis gegen das geplante Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz hat gezeigt: Die GJN kann treibende Kraft in der Bündnisarbeit sein. Egal ob linksradikale Gruppen, Gewerkschaften, Bürger*inneninitiativen oder auch Fangruppierungen - durch diese Bündnisarbeit konnten und können wir eine Vielzahl an Kontakten knüpfen, um auch in Zukunft unsere gemeinsamen Anliegen öffentlichkeitswirksam auf die Straße zu bringen.

Durch unsere Rolle als parteinahe Jugendorganisation ist es uns gelungen, dank einer engen Zusammenarbeit mit der Grünen Landtagsfraktion die Debatte in den Landtag einzubringen.

Die Erfahrungen und Kontakte aus dieser Bündnisarbeit sehen wir als klare Chance. Es macht deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ist. Auch in Zukunft streben wir aktionistische Bündnisse an, in der die GJN genau diese Verbindungsfunktion zwischen den verschiedenen Organisationen haben kann.

Während diese Bündnisarbeit als positiv zu bewerten ist, sehen wir noch ein deutliches Potenzial in der besseren Zusammenarbeit mit anderen GJ-Landesverbänden, sowohl in Hinblick auf thematische Bündnisse, als auch einen generellen Erfahrungsaustausch. Bestrebungen zur besseren Vernetzung begrüßen wir ausdrücklich und versuchen wir zu unterstützen.

Öffentlichkeitsarbeit

Um unsere Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, soll in Zukunft Social Media Arbeit noch kontinuierlicher und professioneller stattfinden. Hier könnte vor allem auch eine verbesserte Bildungsarbeit für die Strukturen der GJN (Geschäftsstelle, Landesvorstand, Igel-Redax, LAKen, Ortsgruppen) bewähren. Es soll mindestens ein Methodenseminar zu diesem Schwerpunkt stattfinden. Außerdem möchten wir unsere Website deutlich überarbeiten, um diese nicht nur inklusiver zu gestalten, sondern dort auch mehr Hilfestellungen für Ortsgruppen und sonstige Infos zur Verfügung zu stellen

V1 Luftverkehr ökologisch gestalten - Steuern rauf, Alternativen stärken, Inlandsflüge abschaffen

Antragsteller*in: Liam Harrold
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert ein Verbot von Inlands- und bestimmten Kurzstreckenflügen sowie eine angemessene Besteuerung des Luftverkehrs, bspw. über die EInführung einer Kerosinsteuer. Außerdem begrüßt die GJN Alternativen zum Fliegen sowohl für den Fracht- also auch für den Passagiertransport, insbesodnere die Bahn aber auch andere ökologische Transportwege wie Frachtensegler. Dennoch erkennt die GJN die teilweise Notwendigkeit von Langstreckenflügen in einer globalisierten Welt an und fordert die Förderung alternativer Antriebstechnologien. Außerdem fordert die GJN eine Ausweitung des Nachtflugverbots bzw. am Flughafen Hannover dessen Einführung.

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine angemessene Besteuerung aller Verkehrsmittel. Während heutzutage zwar viel über hohe und vor allem steigende Benzinpreise geschimpft wird, ist die Mineralölsteuer im Grundsatz ein akzeptiertes Instrument der ökologischen Steuerung, selbst wenn sie nicht ausreicht, um wirksam die Verkehrswende voran zu treiben.

Der Luftverkehr dagegen wird stark subventioniert durch den Verzicht auf Kerosin- oder Ticketsteuern. Dieses Ungleichgewicht ist völlig unverständlich, denn gerade die starke Zunahme des Luftverkehrs in den vergangenen 20-30 Jahren hat nicht zu vernachlässigende klimschädigende Auswirkungen. Insbesondere unnötige Inlands- und Kurzstreckenflüge, für die die Bahn eine Alternative darstellen könnte, sind ein zunehmendes Problem. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert deshalb mittelfrisitg ein Verbot von Inlandsflügen und Kurzstreckenflügen in Kontinentaleuropa mit einer Flugstrecke von unter 1000 Flugmeilen.

Der Luftverkehr entwickelt sich durch klimaschädliche Emissionen wie NOx (Stickoxide) und Kohlenstoffdioxid zu einem der größten Klimakiller. Doch nicht nur aus ökologischen Gesichtspunkten ist der Luftverkehr zu kritisieren, denn durch immer mehr Flugzeuge – sei es zum Transport von Waren in der globalisierten Wirtschaft oder der Personenverkehr – steigt auch der Fluglärm. Dieser ist für die Betroffenen in Flughafennähe oft gesundheitsschädigend, weswegen das Problem an der Wurzel gepackt werden muss. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert deshalb eine Ausweitung des Nachtflugverbotes. Insbesondere am größten Flughafen Niedersachsens, dem Flughafen Hannover-Langenhagen, tut dies Not, da dies der deutschlandweit einzige Flughafen ohne Nachtflugverbot ist.

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert daher die Einführung einer Kerosinsteuer. Die 2011 beschlossene ökologische Luftverkehrsabgabe, durch die innereuropäische Flüge je nach Länge mit bis zu 42 Euro mehr belastet werden war und ist ein richtiger Schritt. Es braucht jedoch mehr Mut und den ernsthaften Willen zur Ökologisierung des Verkehrswesens. Deshalb muss, wie bei allen anderen Verkehrsträgern üblich, auch der Treibstoff für Flugzeuge, das Kerosin, besteuert werden.

Als ersten Schritt schlägt die GRÜNE JUGEND Niedersachsen die Einführung einer Kerosinsteuer für inländische Flüge vor. Das Recht zur Einführung einer derartigen Steuer steht seit 2004 allen EU-Staaten zu, hierzu fehlte bisher nur der politische Wille im Bundestag.

Mittel- und langfristig fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen auch die Einführung einer Kerosinsteuer auf innereuropäische und internationale Flüge.

Die hierdurch generierten Mehreinnahmen sollen in die Förderung oder steuerliche Entlastung umweltfreundlicherer Verkehrsmittel investiert werden.

Zusätzlich sollte das Verursacherprinzip auch in der Luftfahrt konsequent angewendet werden und mindestens Flughafennahe Umweltauswirkungen eingepreist werden. Diese Internalisierung externer Folgekosten der durch den Luftverkehr entstehenden Ummweltauswirkungen trägt gleichzeitig zum Abbau der Wettbewerbsverzerrung zwischen der Luftfahrt und der Bahn bei, eine Bahnfahrt wird somit, trotz oftmals längerer Dauer, attraktiver. Die tatsächliche Kostenabbildung im Ticketpreis wird ein Flugticket für unter 30 Euro von Hannover nach München (zum Vergleich: ein Bahnticket kostet oftmals über 80 Euro) unmöglich machen.

Auch die Forschung alternativer Antriebstechnologien sollte stärker als bisher gefördert werden. Ob Treibstoff aus Algen, Elektro- oder Wasserstofftechnologie, die GRÜNE JUGEND Niedersachsen begrüßt die Ökologisierung mit modernen Technologien gerade bei unvermeidbaren Langstreckenflügen. Dennoch, wo es geht, sollte das Fliegen überflüssig oder unwirtschaftlich gemacht werden um alternative Transportwege wie die Bahn oder ökologischen Schiffsverkehr zu nutzen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die GRÜNE JUGEND Niedersachsen Clean shipping-Projekte wie die "Avontuur" von Timbercoast aus Elsfleth oder die "Tres Hombres" von Fairtransport au Den Helder (Niederlande).

Begründung

Ergibt sich aus dem Antragstext. Weiteres erfolgt mündlich.

V2 Grüne Gentechnik - Neustart einer Debatte

Antragsteller*in: Hauke Köhn
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Dieser Antrag behandelt die Chancen und Risiken gentechnisch veränderter Organismen (Abk.: GVO). Er fordert Gentechnik nicht pauschal zu verbieten. Wissenschaftliche Erkenntnisse haben gezeigt: Gentechnik ist nicht automatisch gefährlich. Allerdings können GVO nicht alle Probleme der Landwirtschaft lösen. Auch braucht es weiterhin Auflagen für den Gebrauch von Gentechnik in der Landwirtschaft.

Zunächst wird die Sachlage erörtert. Dann werden daraus Schlussfolgerungen gezogen. Am Ende finden sich die wieder etwas leichter verständlichen Forderungen.

Einführung

Das Ablehnen des Einsatzes von Gentechnik in der Landwirtschaft, sogenannter grüner Gentechnik, gehört seit jeher zu den Position grüner, ökologischer Parteien und Vereinigungen auf der ganzen Welt. Mit dem Aufkommen gentechnisch veränderter Organismen (Abk.: GVO) in den Achtziger und Neunziger Jahren wuchs auch der Widerstand gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Aus damaliger Sicht mag es richtig gewesen sein, ohne hinreichende wissenschaftliche Langzeitstudien der Gentechnik kritisch gegenüber zu stehen. Doch seitdem sind zahlreiche Untersuchungen und Studien veröffentlicht worden und der wissenschaftliche Konsens ist mittlerweile eindeutig: Bislang konnte nicht nachgewiesen werden, dass genetisch veränderte Nutzpflanzen pauschal Nachteile gegenüber konventioneller Züchtungen mit sich bringen.[1] [2] Die größten Sorgen bezüglich GVO betrafen dabei die Gesundheit der Konsumierenden von GVO und mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt. Beide Punkte sollen hier kurz erläutert werden.

Gesundheitliche Aspekte

Vielfach ist die Sorge geäußert worden, der Verzehr von GVO könnte sich negativ auf die Gesundheit der Konsument*innen auswirken. Mögliche Gesundheitsrisiken wären Beeinträchtigung der (Fortpanzungs-)Organe, eine veränderte Nährstoffzusammensetzung und noch unbekannte Faktoren, die bisher nie beobachtet wurden. Insbesondere durch Versuchen an Säugetieren, bei denen eine Tiergruppe Futter mit GVO verabreicht bekommt und später mit einer Kontrollgruppe verglichen wird, konnte gezeigt werden,
dass GVO wohl keinen nachweisbaren Einfluss auf die Organe und Fortpflanzung haben. Das gilt insbesondere auch für die Nachkommen dieser Generation. [4] [5]
Auch hatte die Markteinführung von GVO in den USA 1996 keinerlei Auswirkungen auf die Inzidenzrate von verschiedensten Krebsarten, Nierenerkrankungen, Fettleibigkeit, Glutenunverträglichkeit und im Vergleich mit Daten aus Großbritannien auch keinerlei Zusammenhang zu Autismus. [2, vgl. S. 207]
Genetisch veränderte Pflanzen weisen in ihrer chemischen Zusammensetzung und ihrem Nährstoffgehalt statistisch signifikante Unterschiede zu konventionellen Pflanzen auf, jedoch liegt dieser Unterschied im Bereich der natürlichen Schwankungen konventioneller Produkte und besitzt daher keinerlei toxikologische Relevanz (ausgenommen natürlich GVO mit gezielt veränderten

Nährstoffzusammensetzungen).[2] [6]
Es gibt zwar nach wie vor wissenschaftliche Studien, die den wissenschaftlichen Konsens zu den gesundheitlichen Aspekten von GVO bestreiten, doch bibliographische Untersuchungen konnten zeigen, dass diese meist methodische Schwächen aufwiesen und in eher unbedeutenderen Journalen veröentlicht werden.[3]
Nach Jahren von Forschungsarbeit gilt es als wissenschaftlich anerkannt und gesichert, dass GVO nicht gesundheitsschädigender als Produkte aus konventioneller Züchtung sind. [1] [2] [6] Darüber hinaus können GVO indirekt die menschliche Gesundheit positiv beeinflussen, wenn sie zu einem verringerten Einsatz potentiell krebserregender Pestizide in der Landwirtschaft führen. Insbesondere in Ländern des globalen Südens werden Pestizide häufig ohne adäquaten Arbeitsschutz (wenn überhaupt) verteilt. Auch bietet grüne Gentechnik das Potential, zusätzliche Nährstoffe in Lebensmitteln heranzuzüchten und so Mangelerscheinungen in bestimmten Regionen der Welt vorzubeugen. Bekanntestes Beispiel ist hierfür der Golden Rice. Aufgrund verschiedenster Faktoren ist Golden Rice bisher nicht großflächig zum Einsatz gekommen.

Auswirkungen auf die Umwelt

Während es eindeutig erscheint, dass der Verzehr von GVO gesundheitlich unbedenklich ist, gibt es durchaus nachweisbare Auswirkungen von GVO auf die Umwelt und Ökosysteme. Diskutierte mögliche Risiken sind der Einfluss der pflanzeneigenen Insektengifte (wie etwa das Bt-Protein) auf verwandte Arten des zu bekämpfenden Schädlings, die Auswirkungen von Genflow und Durchmischung mit (wilden) Artverwandten der Pflanze sowie die damit verbundenen Effekte auf die Biodiversität.
Die erste Frage, ob pflanzen-eigene Insektengifte auch unbeabsichtigt anderen Insektenpopulationen Schaden zufügen, wurde unter anderem an Bt-Mais und dessen Wirkung auf den Maiszünsler untersucht. Zwar stellte sich in Laborversuchen heraus, dass vorallem nahe verwandte Schmetterlingsarten durchaus Schaden durch das Bt-Protein nehmen können, im Freifeldversuch unter realistischen Bedingungen waren die Konzentrationen jedoch viel geringer und daher konnte keine Wirkung auf die Population festgestellt werden. Ebenfalls wirkungslos im Freifeldversuch war der Bt-Mais auf Bienen, Regenwürmer, andere Insektenarten und die Mikroorganismen im Boden. Lediglich die Zusammensetzung der Gattungen von Nematoden (Fadenwürmer) veränderte sich bei Bt-Mais, die biologische Funktion der Nematoden blieb jedoch unbeeinträchtigt. Das Bt-Protein gelangte zwar in den Boden, jedoch in einer äußerst geringen Konzentration (weniger als ein µg Bt pro Gramm Boden), sodass es nicht schädlich für lebende Organismen sein konnte. [7, vgl. S. 20] GVO schädigen Insektenpopulationen somit nicht zwangsläufig.
Gentechnisch veränderte Pflanzen können ihre Gene (wie auch konventionell gezüchtete Pflanzen) an ihre Umwelt weiter verteilen, insbesondere kreuzen sie sich so mit ihren wilden Artverwandten. Möglicherweise könnten sich so die gentechnisch veränderten Pflanzen durch einen Selektionsvorteil ausbreiten und damit insgesamt die Biodiversität beeinträchtigen, auch wenn es nur wenig Anhaltspunkte gibt, dass GVO bisher Einfluss auf die Biodiversität in untersuchten Ökosystemen hatten.[8] [9] Daraus resultiert ein Bedarf an weiterer Forschung und die Notwendigkeit von Monitoring beim Anbau von GVO. Es sei angemerkt, dass natürlich auch Monokulturen mit konventionellen Nutzpflanzen die Biodiversität negativ beeinträchtigen können.
Es gibt Vorwürfe, GVO würden zu erhöhtem Gebrauch von Herbiziden führen.

Exemplarisch dafür steht der Anbau gentechnisch veränderter Sojabohnen in den USA. Diese Bohnen sind unempfindlich gegenüber dem Herbizid Glyphosat, aus diesem Grund können Unkräuter und andere Pflanzen auf diesen Feldern sehr leicht mit Glyphosat bekämpft werden, was zu einem vermehrten Einsatz von Glyphosat geführt hat. Es ist aber keineswegs so, dass GVO zwangsläufig den Verbrauch von Herbiziden fördern. Stattdessen müssen wir fragen, zu welchen Zwecken wir Gentechnik einsetzen wollen.

Schlussfolgerungen

90 Prozent aller Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sicher ist.[10] Die WHO ist zurückhaltender und betont:"Unterschiedliche GVO enthalten unterschiedliche Gene, die verschiedenste Wirkungen haben. Daher sollten gentechnisch veränderte Lebensmittel von Fall zu Fall einzeln beurteilt werden, eine allgemeine Aussage [über die Sicherheit von GVO] ist somit nicht möglich."[11] In jedem Fall können die pauschalen Vorwürfe, die gegenüber der grünen Gentechnik bestehen, nicht aufrechterhalten werden. Es sind durchaus ökologisch nachhaltige GVO vorstellbar, die gegenüber konventionellen Agrarpflanzen große Vorteile hegen. Die mit Gentechnik verbundenen Risiken treten auch bei konventioneller Züchtung auf. Es besteht einzig der Unterschied, dass sich GVO eventuell durch Marktmechanismen sehr viel schneller global verbreiten könnten. Hinreichende Regulierung und Zulassungskontrollen für GVO ist also erforderlich. Insbesondere mit mit der neuen CRISPR-Technologie können Veränderungen an den Genen genauer und präziser als jemals zuvor vorgenommen werden. CRISPR ermöglicht es gezielt in das Erbgut einzugreifen und eliminiert dabei eine große Zahl an Zufallsfaktoren, die vorher Bestandteil jeder Art von Gentechnik waren. Durch die Reduktion dieses Zufallsfaktors könnten dabei mögliche Risiken der Gentechnik weiter gemindert werden, indem die genetischen Veränderungen gezielter vorgenommen und verstanden werden. Die Anwendungsgrenzen der CRISPR-Technologie sind noch nicht bekannt. Somit ist es denkbar, Nutzpflanzen zu erstellen, die etwa dürre- oder flutresistenter sind, oder die gezielt Schadstoffe aus der Luft filtern und vermehrt CO_2 und andere Treibhausgase aus der Athmosphäre abbauen. Gentechnik und insbesondere die grüne Gentechnik bieten also das Potential bei den kommenden Herausforderungen durch Klimawandel und Umweltzerstörung Werkzeuge und Methoden zur Verfügung zu stellen, mit denen diese Herausforderungen besser bewältigt werden können. Die Welt wird 2050 etwa 9 Milliarden Menschen beherbergen und etwa 70 Prozent mehr Lebensmittel benötigen als in den Jahren 2005/2006, die Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern muss sich in diesem Zeitraum sogar verdoppeln.[12] Wenn wir dies ökologisch nachhaltig tun wollen, bieten gentechnisch veränderte Pflanzen einen möglicherweise unumgänglichen Lösungsbaustein.

Forderungen

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen lehnt grüne Gentechnik nicht pauschal ab und erkennt ihren potentiellen Nutzen sowie mögliche Vorteile an. Wir wollen die Debatte um grüne Gentechnik ohne Dogmen und ideologische Voreinstellung neu beginnen und

auf wissenschaftlicher Basis politisch argumentieren. Dabei ist es wichtig Gentechnik als ein Mittel zum Zweck aufzufassen, mit dem negative Ziele als auch positive Ziele verfolgt werden können. Unter anderem für folgende Ziele darf Gentechnik unserer Auffassung nach nicht genutzt werden:

- Das Erstellen von Pflanzen mit Herbizidresistenz, in der Intention den Herbizideinsatz auf den Feldern zu verstärken. Ziel grüner Gentechnik sollte es sein den Pesti-, Fungi- und Herbizideinsatz zu verringern.

- Es darf nicht sein, dass Großkonzerne mit Gentechnik ihre Marktmacht und Monopolstellung weiter ausbauen. Insbesondere das Ausnutzen von Eigentumsrechten an Saatgut wäre zutiefst kontraproduktiv, gerade für die Landwirt*innen in Ländern des globalen Südens. Terminatorsamen, also nicht keimfähiges Saatgut genetisch veränderter Pflanzen, lehnen wir ab.

- GVO sind ein Mittel von vielen für die Agrarwende und kein Allheilmittel. Eine Umstellung unserer Ess- und Anbaugewohnheiten ist nach wie vor notwendig und Gentechnik kann hier keine Begründung für Ausflüchte oder Vermeidung dieser Umstellungen sein.

Die ethischen Fragen um Gentechnik, ob es dem Menschen erlaubt sein sollte durch Genmanipultation in die "Schöpfung der Natur" einzugreifen, sind irreführend. Der Mensch hat seit jeher durch Züchtungen in die Natur und das Genom eingegriffen und ohne Züchtung wäre Landwirtschaft und damit Zivilisation nicht vorstellbar. Die wahre ethische Frage, die sich für uns stellt, ist, wie es gelingen kann alle Menschen auf der Welt ausreichend und ökologisch nachhaltig mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Grüne Gentechnik ist ein Werkzeug, das wir zu diesem Zweck einsetzen können. Dazu fordern wir:

- Erforderlich ist eine Kennzeichnungspflicht für Produkte, in denen in irgendeiner Form GVO enthalten sind. Somit kann Transparenz hergestellt werden und die Entscheidungsfreiheit der*des Einzelnen bleibt gewahrt, ob er* oder sie* Gentechnik konsumieren möchte. Die Entscheidung des EuGH, dass Gen-Editing-Verfahren wie CRISPR wie Gentechnik behandelt werden ist juristisch korrekt, allerdings sollten wir allgemein unser Verhältnis zu klassischer Gentechnik und Gen-Editing überdenken.

- Wir sprechen uns dafür aus, unter kontrollierten Bedingungen die Erforschung der Gentechnik weiter voran zu treiben. Dies umfasst selbstverständlich Grundlagenforschung als auch anwendungsorientierte Forschung. Ein Forschungsverbot wäre ein fundamentaler Eingriff in die Freiheit von Wissenschaft und Forschung und die möglichen Risiken rechtfertigen diesen nicht.

- Für GVO und konventionell gezüchtete Sorten muss die Anbauzulassung das gleiche
unabhängige staatliche Zulassungsverfahren mit Feldstudien beinhalten, welche sowohl die gesundheitlichen Folgen des menschlichen Verzehrs untersucht, als auch mögliche Auswirkungen auf Umwelt und Biodiversität. Dabei ist das Vorsorgeprinzip zu achten.

- Gentechnik ist vor allem in Ländern des globalen Südens, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind, ein Mittel um Ertragssteigerungen zu

erzielen und Mangelernährung vorzubeugen. Deutschland und andere Industrienationen produzieren dagegen zu viele Grundlebensmittel. Daher sollte Gentechnik in unseren Breitengraden nicht primär der Ertragssteigerung dienen, sondern wenn sie zum Einsatz kommt darauf abzielen Umweltprobleme, wie etwa die Überdüngung der Böden, zu lösen.

Grüne Gentechnik muss also so nutzbar gemacht werden, dass die Vorteile die Risiken bei weitem überwiegen. Grüne und ökologische Politik muss hierfür die Rahmenbedingungen setzen und wissenschaftliche Realitäten sowie objektive Nutzen-Risiko-Analysen akzeptieren. Für uns ist die Intention mit der die Technologie eingesetzt wird von entscheidender Bedeutung. Verbote und pauschales Ablehnen der Gentechnik ignorieren die Nuancen und zahlreichen Facetten in den Anwendungen. Daher fordern wir den verantwortungsvollen Umgang mit der Gentechnik, in Respekt vor den Lebensgrundlagen auf diesem Planeten, in Achtung und Wertschätzung unserer Mitmenschen und zukünftigen Generationen.

Literaturverzeichnis

[1] A. Nicolia, A. Manz, F. Veronesi, D. Rosellini:
An overview of the last 10 years of genetically engineered crop safety research;
Critical Reviews in Biotechnology, eingereicht 17.12.2012, angenommen 24.06.2013,
https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.3109/07388551.2013.823595?journalCode=ibt-y20
(abgerufen am 29.08.2018)

[2] Committee on Genetically Engineered Crops, Board on Agriculture and Natural Resources, Division on Earth and Life Studies:
Genetically Engineered Crops: Experiences and Prospects;
THE NATIONAL ACADEMIES PRESS, Washington DC 2016,
https://www.nap.edu/read/23395/ (abgerufen am 10.09.2018)

[3] M. A. Sánchez, W. A. Parrott:
Characterization of scientic studies usually cited as evidence of adverse eects of GM food/feed;
Plant Biotechnology Journal, veröffentlicht 15.07.2017,
https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/pbi.12798 (abgerufen am 10.09.2018)

[4] G. S. Rhee et al.:
Multigeneration reproductive and developmental toxicity study of bar gene inserted into genetically modied potato on rats;
Journal of Toxicology and Environmental Health, veröffentlicht 10.12.2005,
https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/15287390500182446 (abgerufen 16.09.2018)

[5] Q. Liu et al.:
Effects of long-term feeding with genetically modified Bt rice on the growth and reproductive performance in highly inbred Wuzhishan pigs;
Food Control, veröffentlicht 10.03.2018,
https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0956713518301245 (abgerufen 16.09.2018)

[6] C. Snell et al.:
Assessment of the health impact of GM plant diets in long-term and multigenerational animal feeding trials: A literature review;
Food and Chemical Toxicology, eingereicht 08.08.2011, angenommen 24.11.2011,
https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0278691511006399 (abgerufen 16.09.2018)

[7] Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat 617-Bioökonomie:
25 Jahre BMBF-Forschungsprogramme zur biologischen Sicherheitsforschung - Umweltwirkung gentechnisch veränderter Pflanzen; Dezember 2014

[8] H. Landry:
Challenging Evolution: How GMOs Can Influence Genetic Diversity;
Harvard Universtiy, 10.08.2015,
http://sitn.hms.harvard.edu/flash/2015/challenging-evolution-how-gmos-can-influence-genetic-diversity/ (abgerufen 22.09.2018)

[9] C. Kwit, H. S. Moon, S. I. Warwick, C. N. Stewart Jr.:
Transgene introgression in crop relatives: molecular evidence and mitigation strategies;
Trends in Biotechnology, veröffentlicht 08.03.2011

[10] J. Brody:
Are G.M.O. Foods Safe?;
The New York Times, 23.04.2018,
https://www.nytimes.com/2018/04/23/well/eat/are-gmo-foods-safe.html (abgerufen 28.09.2018)

[11] World Health Organisation:
Frequently asked questions on genetically modied foods;
Mai 2014, www.who.int/foodsafety/publications/biotech/20questions/en/ (abgerufen 28.09.2018)

[12] UN Food and Agriculture Organisation:
Global Agriculture towards 2050;
veröffentlicht Oktober 2009

Begründung

Bündnis 90/Die Grünen und die GRÜNE JUGEND sind seit jeher strikt gegen die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Doch die Argumentationen und die Belege für diese Position sind im Laufe der Jahre immer weiter erodiert und nicht mehr wissenschaftlich haltbar. In Zeiten von Fake News und Klimawandelleugnern ist es jedoch wichtiger denn je, wissenschaftliche Erkenntnisse zu respektieren und auf ihrer Grundlage Politik zu machen. Dieser Antrag gibt nicht der Lobby von Monsanto oder sontigen Unternehmen nach, sondern betont die Erkenntnisse unabhängiger Wissenschaftler*innen und zieht daraus politische Schlüsse.

Auch innerhalb der Altpartei gibt es mittlerweile zunehmend die Debatte, ob die Positionen zur Gentechnik so haltbar sind. Ausgangspunkt war hier der Grundsatzprozess und das Urteil des EuGH zu CRISPR. Wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen sollten ebenfalls in diese Debatte eintreten und unsere Dogmen stets überdenken.

V4 Genderneutrale Erziehung

Antragsteller*in:	Marc Fleischmann, Selina Schäfer
Tagesordnungspunkt:	9. V-Anträge

Mädchen und Junge oder doch lieber Kind?

Jungs sind laut, mögen blau und spielen mit Autos. Mädchen dagegen sind schüchtern, tragen rosa Kleidchen und spielen mit Puppen. Aber wollen wir wirklich bei diesem Weltbild bleiben? Wäre es nicht viel schöner, zu sagen, dass Kinder mit dem spielen, was ihnen Spaß macht?

Es gibt verschiedene Konzepte, wie genderneutrale Erziehung umgesetzt werden kann. Ein interessantes Beispiel ist die "Egalia"-Vorschule in Schweden, in der das neutrale Pronomen "hen" verwendet wird und den Kindern bewusst weitere Lebenskonzepte neben der traditionellen Familie vermittelt werden.

In unserer Gesellschaft sind immer noch viele Geschlechterklischees vorherrschend. Wo könnte man diesem Schubladendenken besser entgegenwirken als bereits im Kindesalter? Jedes Kind sollte alle Möglichkeiten haben. Daher muss jedes Kind in öffentlichen Einrichtungen unabhängig seines Geschlechts gleich behandelt werden. Außerdem sollte hierbei weiterhin verstärkt darauf geachtet werden, den Kindern nicht nur das klassische Lebenskonzept der traditionellen Familie zu vermitteln, sondern auch alternative Lebenskonzepte, wie beispielsweise homosexuelle Partnerschaften vorzustellen. Es kann nicht sein, dass einem Kind schon im Grundschulalter bestimmte Verhaltensweisen und Vorurteile als obligatorisch vermittelt werden.

Selbstverständlich möchten wir uns damit nicht in das Privatleben einzelner Familien einmischen, sondern lediglich Anregungen schaffen, damit das Kind sich individuell so entwickeln kann, wie es möchte und nicht wie stereotypisierte Geschlechterrollen es vorschreiben. Daher setzen wir zum einen auf Weiterbildungsangebote für werdende und seiende Eltern, sodass sich diese über die Möglichkeit der genderneutralen Erziehung informieren können. Zum anderen sollten auch Eltern gefördert werden, die genderneutrale Erziehung bereits praktizieren, besonders da sie trotz ihres Engagements, ihre Kinder genderneutral zu erziehen, auf sehr viel Gegenwind und wenig Akzeptanz in der Gesellschaft stoßen.

Es ist noch immer viel zu normal, dass Mädchen rosa Spielzeug bekommen und Jungen blaues, ein Besuch in einem Spielzeugladen belegt dies. Dem soll entgegengewirkt werden, sodass kein Kind durch die Zwänge der Gesellschaft in seiner persönlichen Entwicklung beeinträchtigt wird. Wenn ein Junge gerne mit Puppen spielt, sollte es genauso akzeptiert werden, wie wenn ein Mädchen gerne Bagger auf dem Spielplatz fahren möchte. So können veraltete Geschlechterklischees endlich nachhaltig überwunden werden.

Deswegen fordern wir eine genderneutrale Erziehung für Kinder in öffentlichen Einrichtungen und mehr Akzeptanz in der Gesellschaft gegenüber antistereotypischem Verhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V5 Die Rote Hilfe aufbauen!

Gremium:	GJ Göttingen
Beschlussdatum:	03.10.2018
Tagesordnungspunkt:	9. V-Anträge

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen positioniert sich eindeutig gegen die Kriminalisierung der „Roten Hilfe", z. B. durch die Nennung in den Verfassungsschutzberichten der Länder und des Bundes und fordert die sofortige Beendung jeglicher Beobachtung und Überwachung durch staatliche Organe. Des Weiteren erkennt die GJN die Wichtigkeit der Roten Hilfe für alle emanzipatorischen Kämpfe, z. B. gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus, Nationalismus, Kapitalismus und Umweltzerstörung, an, und ruft zur Unterstützung der linken Solidaritäts- und Hilfsorganisation, z. B. durch Spenden, auf. Die GJN solidarisiert sich mit allen, die sich auf Grund ihrer Mitgliedschaft in der Roten Hilfe Hetzkampagnen, Berufsverboten etc. ausgesetzt sehen und ruft ihre Mitglieder zum Eintritt in die Rote Hilfe auf.

V6 Nein zur neuen Influencer-Polizei - Scharfe und transparente Richtlinien schaffen

Antragsteller*in:	Bela Mittelstädt, Anna Kraeft, Mariel Reichard
Tagesordnungspunkt:	9. V-Anträge

Zusammenfassung

Die Polizei setzt immer mehr Social-Media ein. Dabei wird auch oft Falsches verbreitet. Medien vertrauen oft der Polizei. So kommen falsche Nachrichten über Kriminalität in die Öffentlichkeit. Es gibt bisher kaum Regeln für die Polizei im Internet. Das ist ein Problem. Es gefährdet Grundrechte.

Die GJ fordert deshalb: Regeln für ganz Deutschland oder Niedersachsen. Jeder muss diese Regeln lesen können. Gesetze müssen auch auf Social-Media umgesetzt werden.

Social-Media kann heute ein gutes Mittel für den Staat sein, Bürger*innen zu erreichen und Transparenz in seinem Handeln herzustellen. Ein Tweet kann bei Vermisstenanzeigen, Zeugenaufrufen und in Ausnahmesituationen auch für Polizei und anderen Sicherheitsbehörden sinnvoll sein.

Nichtsdestotrotz kam es in den letzten Jahren vermehrt zu problematischen und oft falschen Äußerungen auf Social-Media-Kanälen der Polizei. Etwa wenn Beamt*innen direkt am Konflikt beteiligt waren, wie während Demonstrationen. Dies kann sich auch auf Grundrechte wie Versammlungsfreiheit negativ auswirken, wenn zum Beispiel Falschmeldungen über Demonstrationsgeschehen verbreitet wird. So twitterte die Polizei Oberbayern-Süd während der Gegendemonstration zum G7-Gipfel in Garmisch-Partenkirchen als Erklärung zum Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken: "Polizisten mit Fahnenstange angegriffen und mit benzingefüllter Flasche beworfen. Deshalb Pfefferspray- und Schlagstockeinsatz."

Einige Stunden später und nachdem sich herausgestellt hatte, dass der Inhalt der Flaschen nicht brennbar war, folgte erst die Richtigstellung - die Nachricht war da aber bereits in der Welt. Die Glaubwürdigkeit von Polizeibehörden in der öffentlichen Wahrnehmung ist immens.

Meldungen über unter Strom stehende Türknäufe in linken Zentren und über die Nationalität von vermeintlichen Straftäter*innen werden häufig unhinterfragt von Journalist*innen übernommen. Damit lässt sich die öffentliche Debatte über Sicherheit und über Polizeiarbeit maßgeblich mitbestimmen.

Zudem ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gefährdet, wenn Demonstrierende von staatlicher Seite dämonisiert und falsch dargestellt werden. Das schreckt ab und verhindert die Teilnahme von Menschen, die sich von dieser Darstellung leiten lassen. In anderen Fällen wurde berichtet, dass Kritik gegenüber Polizist*innen zu Zensur und der Blockade einzelner Nutzer*innen führte. Dies alles zeigt auch: Die Polizei ist ein politischer Akteur und setzt Social-Media auch im Sinne ihrer Politik ein.

Social-Media Arbeit bei Polizeieinsätzen geschieht häufig unter hohem Zeitdruck und öffnet Tür und Tor für Spekulationen, falsche Verdächtigungen, Diskriminierung und der Willkür von einzelnen Beamt*innen. Datenschutz, Sachlichkeit und Sorgfalt bleiben dabei auf der Strecke.

Landesweite oder bundesweite transparente Richtlinien oder Urteile, die eine Grundlage für das Social-Media Verhalten der Polizei sind, gibt es bisher nicht.

Jede Polizeidirektion kocht bisher ihr eigenes Süppchen oder hat gar überhaupt kein Konzept.

Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert daher:

- Landes- oder bundesweite Richtlinien, in denen festgelegt ist, was die Polizei darf, ab wann sie Grenzen überschreitet und was der Zweck polizeilicher Social-Media-Arbeit ist. Die Richtlinien können eine Grundlage für den Anfang einer notwendigen gesellschaftlichen Debatte sein, gleichzeitig, aber auch Diskriminierung sowie Falschmeldungen und ihren Konsequenzen vorbeugen. Diese Richtlinien müssen transparent sein. Entscheidungen müssen nachvollziehbar gemacht werden. Verstöße müssen konsequent und spürbar geahndet werden.

- Die Unschuldsvermutung gilt auch im Netz: Verdächtigungen, Spekulationen und die frühzeitige Festlegung durch staatliche Akteure auf eine*n Täter*in oder eine Bevölkerungsgruppe sind gefährlich und müssen verhindert werden.

- Falschmeldungen durch Behörden müssen mit mindestens dem gleichen Aufwand, wie ihre Verbreitung erfolgte, wieder dementiert und richtiggestellt werden.

- Twittern und Posten direkt aus dem Einsatzgeschehen gehört soweit es geht zurückgefahren. Sorgfalt muss vor Schnelligkeit gelten.

- Bei staatlichen Behörden gilt das Gebot der Informationsfreiheit. Es dürfen keine Informationen veröffentlicht sein, die nur auf kommerziellen Netzwerken wie Twitter oder Facebook sichtbar sind.

- Datenschutzregeln, die für die Polizei auch sonst gelten, sind in sozialen Netzwerken einzuhalten. Unverpixelte Fotos von Demonstrant*innen oder Unfallopfern gehören nicht durch die Polizei veröffentlicht.

- Eine unabhängige Beschwerdestelle für die Polizei mit eigenen Ermittlungsbefugnissen, um Vorwürfen konsequent nachgehen zu können.

Begründung

Im Text enthalten.

Inspiration:

https://netzpolitik.org/tag/so-twittert-die-polizei/

http://www.taz.de/!5216993/

V7 Verbot von Separatorenfleisch

Antragsteller*in: Nico Söhnel
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Ein Verbot von Separatorenfleisch bzw. „Knochenputz“:

Dieses wird in der Lebensmittelindustrie zum Punschen von Fleisch – und Wurstwaren verwendet,

Beim Separatorenfleisch handelt es sich um vom Knochen gelöste Fleischteile und Schlachtabfälle, die Lebensmittelrechtlich nicht mehr als Muskelfleisch bezeichnet werden dürfen.

Es gibt bereits ein Verbot einiger Sorten Separatorenfleisches in großen Teilen der EU allerdings sind noch viele erlaubt, die sowohl bei Nutz- und Zuchttieren als auch beim Menschen nach Verzehr schwere Krankheiten hervorrufen können.

Des weiteren wird mehr Verbraucherschutz benötigt, dieser kann nur erreicht werden, wenn eine Kontrolle direkt beim Produzenten stattfindet und die Kennzeichnungspflicht weiter verschärft wird. Aktuell werden Produkte aus Schlachtblut genutzt, um große Teile an Wasser im Endprodukt vor Qualitätsprüfungen zu verstecken, dies muss ebenfalls verhindert werden.

Deshalb fordert die GJN: Ein Verbot der Nutzung von Separatorenfleisch bei der Herstellung von Fleisch -, Wurstwaren und Futtermitteln, sowie eine Verschärfung der Kennzeichnungspflicht, als auch ein Verbot der Kennzeichnung von gespaltenen Eiweißketten aus Schlachtblut zur Bindung von Wasser in Fleisch -, Wurstwaren und bei der Futtermittelproduktion, als natürliches Aroma, des weiteren fordern wir eine Erhöhung der staatlichen Prüfungen bei den Herstellern und eine verstärkte Kontrolle von externen Prüfstellen.

Begründung

Erfolgt mündlich

V8 Vergünstigungen für alle

Antragsteller*in:	Svenja Schierholz, Marc Fleischmann
Tagesordnungspunkt:	9. V-Anträge

In einer Gesellschaft sollten die gleichen Grundvoraussetzungen für alle geschaffen werden. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen eine Angleichung des Umfangs der Fördermaßnahmen für Auszubildende und Schüler*innen an die für Studierende.

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine kostenlose Beförderung von allen Schüler*innen und Auszubildenden mit dem ÖPNV zur Schule bzw. zum Ausbildungsbetrieb. Für viele Schüler*innen und Auszubildende, gerade aus dem ländlichen Raum, ist dieser Weg eine große finanzielle Belastung. Dies führt dazu, das der Geldbeutel der Eltern entscheidet, ob jemand die Berufschule in der Nachbarstadt besuchen kann, um eine Ausbildung zu machen, die in seiner Stadt nicht angeboten wird. Bei Schüler*innen ist die Situation ähnlich, es gibt gerade in der Oberstufe viele Möglichkeiten für Schüler*innen, ihren Lebensweg zu gestalten. Doch beispielsweise Berufliche Gymnasien, Waldorfschulen oder Schulen mit bilingualer oder fachspezifischer Ausrichtung gibt es nicht in jeder Stadt, sodass die Schüler*innen oftmals gezwungen sind, viele Kilometer mit dem Bus oder Zug zu ihrer Schule zu fahren. Dies können sie allerdings nur, wenn ihre Eltern das Geld haben, ihnen die Fahrtkosten zur Schule zu bezahlen.

Während Studierende mit ihrem Semesterticket häufig durch ganz Niedersachsen reisen können, sind Schüler*innen und Auszubildende mit ihren Fahrkarten an bestimmte Strecken gebunden, obwohl sie für ihre Tickets oft mehr pro Monat bezahlen als Studierende für ein halbes Jahr. Damit Bildung nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhägt, fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen die Abschaffung dieser Barriere.

Viele Vergünstigungen werden als Teil des Alltags von Studierenden nicht immer bewusst als solche wahrgenommen: es gibt Mensen, in denen Studierende aufgrund von Subventionen für 40 Cent eine Tomatensuppe samt Brotbeilage bekommen, wohingegen in kleinen Ausbildungsbetrieben im Außengebiet teilweise keine andere Gelegenheit besteht, als sich selbst etwas mitzubringen.

Tatsächlich sind die durchschnittlichen Ausgaben der öffentlichen Hand je Student*in allein für die Hochschulen höher als für andere Bildungsteilnehmer*innen: Laut dem Bildungsfinanzbericht 2017 haben sie in 2014 unter Einbezug ausschließlich der Aufwendungen für Lehre 7.500 Euro, unter Einbezug auch der Forschungsaufwendungen sogar 13.500 Euro je Student*in betragen. Die Ausgaben je Schüler*in im Mittel aller Schulformen haben sich jedoch nur auf 6.700 Euro belaufen, die Ausgaben im Zusammenhang mit Auszubildenden im dualen System für Berufsschulen sogar nur auf 2.900 Euro je Kopf. Dabei sind all die Vergünstigungen wie BAFöG, sehr günstige Semestertickets und verbilligtes Mensaessen noch gar nicht miteingerechnet.

Darüber hinaus gilt noch immer: Studierende stammen tendenziell aus finanziell besseren Verhältnissen und verdienen im Laufe ihres Lebens durchschnittlich weitaus mehr als Personen ohne Studienabschluss. Auch die Dauer bis zum Ende einer akademischen Laufbahn ist regelmäßig länger als die einer anderweitigen Berufsausbildung.

Ist es unter diesen Umständen gerecht, dass Auszubildende selbst während der Dauer ihrer Berufsausbildung nicht im gleichen Maße gefördert werden wie Studierende? Sollte nicht das Bildungsangebot, dass der/dem Einzelne*n zur Verfügung steht, unabhängig vom eingeschlagenen Berufs- und Bildungsweg sein?

An regulären Universitäten und Fachhochschulen finden Studierende ein Angebot vor, dass weit über die Vorbereitung auf eine konkrete spätere Berufstätigkeit hinausgeht. Dort sind die Gelegenheiten, sich in der vielfältigsten Weise zu bilden, durch eine weite Auswahl an Veranstaltungen an jedem Tag - teils durch die Institutionen selbst, teils durch außeruniversitäre Einrichtungen, teils durch engagierte Gruppen aus der Studierendenschaft heraus - zuweilen kaum überschaubar. Denjenigen, die sich in einem typischen dualen Ausbildungsgang befinden, stehen hingegen weitaus weniger Möglichkeiten zur Verfügung.

Programme wie Erasmus+ können darauf hinwirken, dass z.B. Auslandsaufenthalte, wie sie für viele Studierende selbstverständlich zum Studium dazugehören, auch für immer mehr junge Menschen eines Ausbildungsjahrganges Teil des Bildungsweges werden. Es bestehen also bereits Möglichkeiten für diejenigen, die einen anderen Weg als einen akademischen einschlagen, die in den letzten Jahren immer mehr in Anspruch genommen worden sind. Doch das sollte noch viel weiter reichen! Es genügt nicht nur, theoretische Angebote zur Verfügung zu stellen, vielmehr sollten sie gerade denjenigen gegenüber, die nicht so vertraut mit solchen sind, aktiv bekannt gemacht und empfohlen werden.

Bildung ist mehr als nur die Vermittlung von Wissen. Sie ist Grundlage eines argumentativen und offenen Diskurses und als solche nicht nur individuell, sondern auch gesamtgesellschaftlich von höchstem Wert. Denn zu einer funktionierenden und lebendigen Demokratie bedarf es der Partizipation möglichst vieler Menschen, die sich mit unterschiedlichen Lebenshintergründen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln einbringen und zugleich bereit sind, auch die Erfahrungen und Perspektiven anderer zu berücksichtigen.

In den vergangenen Jahren ist immer wieder der Ruf nach Fachkräften auch ohne akademischen Bildungsabschluss, sondern mit fundierten in Betrieben erworbenen Kenntnissen und Fertigkeiten aufgekommen. Dabei ist beklagt worden, dass sich zu viele Abiturient*innen für ein Studium entschließen, ohne eine Ausbildung auch nur in Erwägung zu ziehen.

Wenn aber ein Studium schon abgesehen von den beruflichen Aussichten wegen all der Möglichkeiten, die es für die persönliche Entfaltung bietet, wesentlich attraktiver ist, wird sich das nicht ändern - außer auch im Rahmen des dualen Ausbildungssystemes werden mehr solche Möglichkeiten angegliedert.

Daher schlägt die GRÜNE JUGEND Niedersachsen vor, auch während eines Ausbildungsganges Angebote zu schaffen, die völlig unabhängig von der jeweiligen Berufsrichtung nebenher besucht werden können, und in den Berufsschulen diese deutlich zu bewerben. Vergleichbare Angebote gibt es bereits mit den Wahlseminaren, die im Rahmen eines Freiwilligendienstes absolviert werden können. Abweichend von der Konzeption von Seminaren im Rahmen von freiwilligen Jahren sollten diese jedoch einerseits ausschließlich auf freiwilliger Basis und andererseits mit kürzerer Dauer über Wochenenden stattfinden, sodass sie die Zeiten der beruflichen Ausbildung nicht verringern, sondern nur ergänzend zur Seite stehen. So würde auch für Auszubildende eine naheliegende Möglichkeit

geschaffen, die Vorbereitung auf den Beruf mit einer ganzheitlicheren und individuelleren Bildung zu verbinden.

Über die parteinahen Stiftungen wie beispielsweise die Heinrich-Böll-Stiftung werden jedes Jahr tausende Studierende und Promovierende mit Stipendien gefördert. Diese bieten nicht nur einen finanziellen Zuschuss, sondern darüber hinaus insbesondere eine Plattform zur Vernetzung mit anderen engagierten Stipendiat*innen sowie die Teilnahmemöglichkeit an vielfältigen Workshops und Seminaren. Überwiegend werden durch derartige Stipendien diejenigen weiter begünstigt, die sich einerseits in hohem Maße zugunsten der Gesellschaft einbringen, andererseits einhergehend jedoch bereits über einen sehr guten Zugang zu Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und nicht-fachspezifischer Bildungsangebote verfügen. Warum aber beziehen diese Stipendienprogramme keine Auszubildende ein, wenn diese mit exzellenten Noten sowie gesellschaftlichem Engagement die gleichen Voraussetzungen wie die geförderten Studierenden erfüllen?

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine Ausweitung von derartigen Programmen, die weniger auf eine monetäre Unterstützung als vielmehr auf eine Förderung der persönlichen Entwicklung abzielen, auch auf Menschen, die sich in der Berufsausbildung befinden - und zwar nicht durch die Implementierung neuer selbständiger Förderprogramme, sondern durch die Integration der Auszubildenden in bestehende. Denn ist die Bereicherung nicht für alle umso größer, umso vielfältiger die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen ist und umso weiter der gesellschaftliche Kreis, in dem eine Vernetzung erfolgt?

Begründung

Erfolgt mündlich.

V9 Ein Gespenst für Europa – die europäische Republik als linke Antwort auf den Rechtsruck

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	09.10.2018
Tagesordnungspunkt:	9. V-Anträge

Zusammenfassung

Europa ist und bleibt in der Krise. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert verschieden Maßnahmen in der Migrationpolitik (zB sichere Fluchtwege), Sozialpolitik (zB eine euopäische Sozialversicherung) und derWirtschaftspolitik (zB Verbot von Menschenrechtsverletzung in Lieferketten). Der Antrag hat vor allem das Ziel dadurch eine europäische Republik zu schaffen.

Die EU und Europa scheinen von einer Krise in die nächste zu rutschen. Schuldenkrise, Finanzmarktkrise, Eurokrise, Wirtschaftskrise, Griechenlandkrise, Ukrainekrise, Terrorkrise, Humanitätskrise, Rechtsruckkrise. Doch sind das alles wirklich Krisen? Vielmehr liegt die allen zugrunde liegende Krise doch in der Beschaffenheit der EU. Diese kommt als technokratischer, bürger*innenferner und undemokratischer Bürokratiekolloss daher. Die Krisenhaftigkeit der EU, so müssen wir heute feststellen, liegt an der institutionellen Trilogie aus Europäischem Rat, Parlament und EU-Kommission, die allesamt zu unserer aller Unzufriedenheit mit den Herausforderungen der letzten Jahre umgehen. Es ist also vor Allem eine Demokratiekrise, die der EU und Europa die progressive Kraft nimmt. Die Herausforderung ist es, diese strukturellen Mängel zu beseitigen und die EU radikal zu reformieren. Hierfür stellt sich die GRÜNE JUGEND Niedersachsen hinter die Idee einer europäischen Republik. Nur so kann auch die Idee eines Europa der Regionen statt der Nationalstaaten erfolgreich umgesetzt werden.

Als Sofortmaßnahmen gegen die Demokratiekrise der EU fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen eine Reform der Europäischen Kommission sowie die gleichzeitige Stärkung des Europäischen Parlaments durch die Schaffung des Initiativrechts. Das Parlament muss das Herzstück der europäischen Demokratie werden und muss daher die Möglichkeit haben, selbst Gesetzesinitativen einzubringen.

Ferris not Frontex - für ein weltoffenes und menschenwürdiges Europa

Wer EU-Bürger*in ist, der*die hat die Möglichkeit sich in allen Mitgliedstaaten Arbeit zu suchen, ein Zuhause aufzubauen und kann sich ohne Beschränkungen in der EU bewegen. Menschen, die fliehen und laut Pass keine Bürger*innen der EU sind haben keine Möglichkeit in angemessenen Verfahren in den EU-Ländern aufgenommen zu werden. Vor allem ihre Flucht ist unsicher und gefährlich. Besonders, weil die EU die Flucht gefährlich macht. Durch den politischen Willen der EU-Politiker*innen gelangen „Entwicklungsgelder“ in (Nord-)Afrikanische Länder wie Niger, Marokko und Libyen, die genutzt werden, um fliehende Menschen aufzuhalten, zu misshandeln oder zu töten. Die EU ist hierfür direkt mitverantwortlich. Zusätzlich gibt es internationale Seerechtsabkommen und einfache moralische Grundsätze der EU, die die Rettung von fliehenden Menschen auf dem Mittelmeer voraussetzen. Allein, weil jeder Mensch das Recht auf Leben und andere Menschenrechte hat, müsste die EU im Mittelmeer Rettungsaktionen durchführen, die genau dieses Recht schützen. Diese Rettungsaktionen gibt es aber nicht. Im Gegenteil, Initiativen, die sich bereit erklären Menschen zu retten, kommen vor Gericht, weil sie Menschenleben retten. Ihnen wird verboten weiterhin die Pflichten zu erfüllen, die die EU nicht leisten kann, nämlich

Menschen vor dem Tod zu bewahren. Die EU hat durch ihren Umgang mit Migration vollkommen versagt in der Wahrung ihrer Werte.

Dem setzen wir unsere Forderungen für ein humanitäres und weltoffenes Europa entgegen.

- Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert die Abschaffung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und ein Ende des Sterbens an den europäischen Außengrenzen.
- Wir fordern auch die strukturelle Abschaffung der europäischen Binnengrenzen und ein Ende der tödlichen Abschottungspolitik.
- Dazu braucht es auch sichere Fluchtwege! Die EU muss Seenotrettungsaktionen neu ins Leben rufen. Außerdem muss sie sichere Fluchtkorridore schaffen, die es allen Menschen in der gesamten EU ermöglicht Asyl zu finden. Ein solidarisches Europa muss für alle Menschen da sein und kann sich nur als antifaschistisches und antirassistisches Europa verstehen.

2019 wird eine Richtungsentscheidung

Die Europaparlamentswahl 2019 wird voraussichtlich die erste Wahl nach dem Brexit, dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU sein. Der Erfolg von Rechtspopulist*innen in Europa nimmt eine unvergleichliche Dimension an. Überall in Europa sind rechte Parteien so stark wie nie. In Österreich regiert die rechtsextreme FPÖ zusammen mit der konservativen ÖVP, in Italien hetzt der Innenminister und Vize-Ministerpräsident Matteo Salvini, Mitglied der rechtsextremen Partei Lega, gegen Geflüchtete und verhindert aktiv deren Rettung. In Polen regiert die PiS-Partei antifeministisch und reaktionär durch und verhängt hohe Strafen auf Abtreibungen. In Frankreich und Deutschland nehmen antisemitische und fremdenfeindliche Übergriffe zu, die Gewalt gegen Migrant*innen und LSBTIQA*-Personen steigt. Autoritäre Regime wie die Regierung von Victor Orban in Ungarn werden von der CSU hofiert, die CDU in Sachsen schließt eine Koalition mit der AfD nicht mehr aus. Wird auch im Europaparlament der autoritäre Schulterschluss der Rechtsextremen mit den Konservativen seinen Lauf nehmen oder schaffen wir es, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen? Die reaktionäre Konterrevolution von rechts scheint jedenfalls vielerorts schon vollzogen.

Wir müssen an neuen linken Bündnissen und Mehrheiten arbeiten, um diesem Rechtsruck Einhalt zu gebieten. Unsere Vision eines republikanisch organisierten und demokratischen Europas kann diesem linken Gegenentwurf einige konkrete Ideen schon jetzt entgegenstellen.

Europa muss Sozialunion statt Wirtschaftsunion sein

Ein Europa ohne Populismus kann nur ein soziales Europa sein und andersrum. Um sich als EU-Bürger*in zu identifizieren braucht es eine gemeinsame sozialpolitische Linie, die allen Menschen gleiche Ausgangmöglichkeiten ermöglicht. Dafür braucht es mehr Solidarität in Europa! Europa darf keine neoliberale Wirtschaftsunion sein, sondern muss Sozialunion werden, denn der Neoliberalismus bereitet dem Faschismus seinen Weg.

Als sozialpolitische Antwort auf die prekäre Lebenssituation vieler Millionen Menschen in Europa fordern wir folgende Maßnahmen:

- Es braucht eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur Freizügigkeit in den Vordergrund stellt, sondern die soziale Sicherung. Aus diesem Grunde braucht es eine europäische Sozialversicherung, die Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld abdeckt und für gleiche Grundvoraussetzungen sorgt

- Ebenso müssen Krankenversicherung und weitere gesundheitspolitischen Regelungen auf EU-Ebene reguliert werden. Diese muss eine kostenfreie Grundversorgung für alle Menschen beinhalten.

- Ebenso fordern wir einen einheitlichen europäischen Mindestlohn.

- Alle Menschen müssen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen, dass Frauen weniger verdienen können wir nicht dulden. Auch klassische Pflegeberufe, die öfter von Frauen ausgeübt werden, werden schlecht entlohnt. An dieser Stelle braucht es eine Aufwertung der Care-Arbeit.

Wer ein gerechtes Europa will, muss sich mit dem Kapitalismus anlegen

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt den Handelsbedingungen aufzustellen und einen freien Handel zu ermöglichen. Ganz offensichtlich hat sie es jedoch nicht geschafft, solche Abkommen zu beschließen, die angemessene Verbraucherschutzstandards erfüllen. Viele Bürger*innen gingen deshalb auf die Straße, um gegen bestimmte Abkommen zu demonstrieren. In Sachen Verbraucherschutz schlägt sich die EU generell häufig auf die Seite der Unternehmen, auch wenn sie dafür keine guten Argumente hat. Das wird deutlich an der Erlaubnis das Pestizid Glyphosat zu verwenden, die Entscheidung ist schwer nachvollziehbar, da unabhängige Studien das Gegenteil der EU-Sicht abbilden. Die EU darf keine Institution sein, die wirtschaftlichen Akteur*innen freie Hand gewährt, während sie im Sinne der Wachstumslogik die Erde über alle ökologischen Grenzen ausbeuten. Klimaschädliche Wirtschaftspraktiken müssen Konsequenzen nach sich ziehen, schließlich tragen alle Menschen die Kosten, die solch eine kapitalistische Wirtschaftsweise verursacht. Weiterhin muss die EU mehr Verantwortung übernehmen im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen. Firmen dürfen keine Menschrechtsverletzungen begehen oder zulassen, die EU muss dafür sorgen, dass sie diesem Anspruch gerecht werden.

Die Wirtschaft muss im Sinne menschlicher Bedürfnisse stehen, nicht im Sinne kapitalistischer Verwertungslogik. Um das durchzusetzen braucht es eine EU, die den enthemmte Kapitalismus Solidarität und Menschenrechte entgegensetzt.

Insgesamt muss klar sein: Es braucht ein ökologisches, offenes und solidarisches Europa. Nur ein solches Europa kann mit den aktuellen Krisen umgehen, nur ein solches Europa kann den eigenen Werten wie den Menschenrechten gerecht werden. Dazu braucht es eine wirtschafliche, sozialpolitische und migrationspolitische Wende.

Begründung

Europa muss sich radikal wandeln. Das anstehende Europawahljahr 2019 müssen wir zum Anlass nehmen, um uns in Hinblick auf die EU neu zu positionieren. Es braucht eine europäische Vision für Bürger*innen in der EU, nur so lässt sich die krisenbehaftete EU überwinden.

V18 Dringlichkeitsantrag: Extrem daneben - gegen die Kürzung von Mitteln gegen Rechts!

Antragsteller*in:	Jonathan Thurow, Bela Mittelstädt, Liam Harrold
Tagesordnungspunkt:	9. V-Anträge

Zusammenfassung

Die Große Koalition in Niedersachsen will Geld für Programme gegen rechte Menschenfeindlichkeit kürzen. Das Geld soll genutzt werden um ein Programm gegen Linke zu bezahlen. Solche Programme sind in anderen Bundesländern oft gescheitert. Sie kosten viel Geld und bringen nichts. Außerdem werden somit Rechte und Linke gleichgesetzt. All dies lehnen wir als Grüne Jugend Niedersachsen ab. Wir fordern mehr Geld gegen Rechts.

Die Große Koalition in Niedersachsen will das 2016 ins Leben gerufene „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ um den Bereich Linksextremismus erweitern. Die finanziellen Mittel für das Program sollen dabei nicht steigen. Somit bleibt am Ende noch weniger für die Prävention von rechter Menschenfeindlichkeit übrig - aus unserer Sicht ein fatales Signal in Zeiten von Chemnitz, PEGIDA und AfD!

Erfahrungen aus dem gesamten Bundesgebiet machen außerdem klar, dass Präventionsprogramme gegen sogenannten „Linksextremismus“ oft ins Leere laufen und nicht funktionieren. So hat erst im Februar diesen Jahres der SPD-Innenminister Geisel in Berlin klar gemacht, dass solch ein Programm gescheitert sei. Jeder Euro in den Kampf gegen sogenannten „Linksextremismus“ wäre besser in Programme gegen rechts investiert! Die geplante Erweiterung des Programms ist ideologisch motivierte Steuerverschwendung.

Hinzukommt, dass somit verstärkt mit der sogenannten „Extremismustheorie“ gearbeitet werden soll, die wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen ablehnen.

Die Befürworter*innen dieses politischen Konzepts gehen dabei von einer Mitte als Norm aus, deren Ränder insbesondere Links und Rechts die Gesellschaft von Außen bedrohen. Dabei sprechen sie gar von einer „Hufeisentheorie“. Die Enden des Hufeisens symbolisieren die „Ränder die Gesellschaft“, die in ihrer Form von der Mitte abweichen und sich annähern und damit gleichermaßen abzulehnen sind.

Das Fatale an dieser Kategorisierung ist dabei nicht einmal die Gleichsetzung verschiedener „Extremismen“, sondern ihre Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft als abnormal und damit die Konstruktion einer zu schützenden gesellschaftlichen Mitte. Diese Sichtweise verhindert den Blick auf die Grundlage menschenfeindlicher Ideologien, wie Rassismus oder religiöser Fanatismus. Der Zusammenhang zwischen rechten Tönen in der Gesellschaft und Terror, wie der vom NSU, werden dabei erfolgreich verdrängt.

Dem treten wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen entschlossen entgegen. Es darf keine Vereinfachung und Abgrenzung solcher Phänomene geben. Vielmehr müssen die Grundlagen analysiert und Hass, Hetze sowie daraus folgende Gewalt langfristig der gesellschaftliche Nährboden entzogen werden.

Wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen:

- lehnen die geplante faktische Kürzung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus ab

- lehnen den Extremismusbegriff als Grundlage zur Erforschung von autoritären, menschenfeindlichen Ideologien ab

- fordern eine Erhöhung der Mittel zur Prävention von rechter Ideologie und rechter Gewalt

- zeigen uns solidarisch mit allen, die aufgrund ihres antifaschistischen Engagements kriminalisiert und als „linksextrem“ abgestempelt werden

Begründung

Diese Woche hat die Landesregierung angekündigt, das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus auf den Phänomenbereich des sogenannten „Linksextremismus“ zu erweitern. Dadurch werden faktisch die Mittel zur Prävention von Rechts gekürzt sowie Antifaschist*innen weiterhin durch den von uns regelmäßig in der Vergangenheit abgelehnten „Extremismus“-Begriff kriminalisiert. Zu dieser neuen Entwicklung sollten wir uns als GJN klar positionieren und unsere Ablehnung deutlich machen.

Dringlichkeit: http://www.taz.de/!5540799/

Linksextremismusprogramme gescheitert: https://www.sueddeutsche.de/news/politik/extremismus---berlin-innensenator-programme-gegen-linksextremisten-gescheitert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180214-99-70654

https://gruene-jugend.de/programm-gegen-linksextremismus-teuer-erfolglos-und-ideologisch-verblendet/

V19 Dringlichkeitsantrag: NPOG konsequent verhindern

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.10.2019
Tagesordnungspunkt:	9. V-Anträge

Im Frühjahr hat die Landesregierung unter SPD und CDU ein niedersächsisches Polizeigesetz vorgestellt, dass in seiner Gesamtheit freiheits- und bürger*innenfeindlich ist und die Befugnisse der niedersächsischen Polizei unverhältnismäßig ausweitet. Trotz der Gründung eines breit aufgestellten Bündnisses und einer Demonstration, an der um die 15 000 Menschen teilnahmen, sieht die rot-schwarze Regierung keinen Grund ihren Kurs zu überdenken und reagiert nicht angemessen auf die vorgetragene Kritik jeglicher Seite. Die Ansage, das Gesetz noch diesen Dezember beschließen zu wollen, lässt dabei jegliches Demokratieverständnis missen. Weder die vom gesetzgebenden Beratungsdienst angesprochenen rechtlichen Unklarheiten noch die Befürchtungen und Kritikpunkte der Gesellschaft werden damit ernstgenommen.

Die Grüne Jugend Niedersachen bestärkt deshalb ihre Forderung danach, das Gesetz aufgrund der Reaktionen innerhalb der Gesellschaft zurückzunehmen und, dass die Landesregierung ihren Fehler einsieht.

Darüber hinaus kritisieren wir das skandalöse Verhalten der Regierung und deren Versuch sachliche Kritik derartig zu unterbinden. Eine vorschnelle Behandlung des Gesetzes im Dezember macht deutlich, dass die die GroKo keineswegs an der Meinung verschiedenster gesellschaftlicher Akteure interessiert ist.

Deshalb ruft die Grüne Jugend Niedersachsen dazu auf, am weiterhin lautstark auf die Straße zu gehen und ihrem Protest in verschiedensten Formen Ausdruck zu bringen. Denn der Kampf gegen das NPOG und den Überwachungsstaat geht weiter!